

MAHNWACHE GUNDREMMINGEN

jeden Sonntag 15 h vor dem AKW, jeden 1. Sonntag des Monats Arbeitstreff



Rundbrief im Februar 1998 und

AUFRUF: Wir stellen uns quer!

Keine Castor-Transporte nach Ahaus!

Volker Nick

Doris Kainz

Sigrid Birrenbach / Rolf Hlamer

Koni Link

Volker Scheub

Wir sind froh, daß Gundremmingen seinen Atommüll nicht mehr in die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield „entsorgt“. Die dortigen WAAs verseuchen die Umwelt, z.B. leiten sie legal jährlich Dutzende Kilogramm Plutonium ins Meer. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24 000 Jahren. 1 Millionstel Gramm im Körper ist für Menschen tödlich. Aus Kostengründen stieg das AKW Gundremmingen Ende 1994 aus der Wiederaufarbeitung aus. Die Mahnwache Gundremmingen leistete über viele Jahre gewaltfreien Widerstand gegen die WAA-Transporte.

Aber jetzt setzt das AKW Gundremmingen auf die sog. „direkte Endlagerung“. Alle wissen, daß es weltweit kein „Endlager“ für hochradioaktiven Müll gibt, erst recht keine „direkte Endlagerung“. In Wirklichkeit packt man das Zeug in Castorbehälter und stellt diese in sog. „Zwischenlager“.

Das AKW Gundremmingen hat eine Vielzahl von Castor-Stellplätzen in den „Zwischenlagern“ in Gorleben (neben dem geplanten, aber ungeeigneten Endlager) und in Ahaus (im Münsterland) gepachtet. Diese Pachtverträge gelten als „Entsorgung“ des Atommülls im Sinne des Atomgesetzes. Wir nennen dies die Entsorgungslüge.

Noch im März 1998 sollen drei neuartige Riesen-Castorbehälter von Gundremmingen nach Ahaus geschickt werden, zusammen mit drei Castoren aus Neckarwestheim. Wir wollen und können diese Transporte nicht hinnehmen.

Sonntag, 8. März 1998: Öffentliche Ausrangiert-Aktion! Gewaltfreier Ziviler Ungehorsam gegen den ersten CASTOR-Transport vom AKW Gundremmingen ins „Zwischenlager“ Ahaus.

10 Uhr: Wir beginnen mit einem gemeinsamen Vesper auf dem Privatgleis des Atomkraftwerks.

11 Uhr: Gottesdienst: unsere Mitverantwortung für Mutter Erde.

12 Uhr: Wir ziehen uns vom Gleis zurück und teilen uns in Bezugsgruppen auf.

13 Uhr: Wir gehen wieder ans Gleis und entfernen einzelne Schottersteine.

15 Uhr: Abschluß der Aktion mit der allsonntäglichen Mahnwache vor dem Haupttor des AKW.

Wenn wir viele sind und wenn uns die Polizei nicht hindert, werden wir das Gleisbett unterhöhlen und so das Gleis unbenutzbar machen. Falls uns die Polizei (wie gewohnt) hindert und festnimmt, werden wir uns der Festnahme nicht entziehen, sondern dafür einstehen, daß der gewaltfreie Widerstand gegen die Entsorgungslüge gerechtfertigt ist.

Für alle TeilnehmerInnen der Aktion gilt, daß wir uns der aktiven Gewaltfreiheit verpflichtet fühlen. Wir werden niemanden angreifen, verletzen oder beleidigen. Auf (Polizei-)Gewalt werden wir nicht mit Gegengewalt reagieren. Wir denken dabei an Tausende von Gorleben-BlockiererInnen beim letzten Castor-Transport, die sich auch dann nicht zu Gewalttaten hinreißen ließen, als Hunderte von ihnen von der Polizei zusammengeschlagen wurden.

Alle TeilnehmerInnen der Aktion sollten sich des hohen Bestrafungsrisikos bewußt sein: „Ersttäter“ müssen mit Geldstrafen von bis zu 40 Tagessätzen rechnen. Wer wegen gewaltfreiem Widerstand vorbestraft ist, muß mit einer Haftstrafe auf Bewährung rechnen. Und Richter Worm vom zuständigen Landgericht Memmingen drohte bei seinem letzten Urteil, er werde Leuten, die schon zweimal vorbestraft sind, für eine weitere Aktion mehr als 6 Monate ohne Bewährung geben. Dennoch hoffen wir auf möglichst viele MitstreiterInnen.

Genauso wichtig sind auch diesmal UnterstützerInnen und BeobachterInnen, die Öffentlichkeit herstellen!

Wir werden uns gemeinsam ab dem 7. März auf die Aktion vorbereiten. Der Ort dafür ist noch unklar. Bitte meldet Euch alle möglichst bald bei Volker Nick, Carl-Kabat-Haus, Schulstraße 7, 73557 Mutlangen, Tel. 07171 - 7 42 63.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

zur Zeit werden im AKW Gundremmingen drei der neuen und nie getesteten V52-Castoren beladen, die 52 abgebrannte Brennelemente und damit dreimal soviel Atom Müll aufnehmen können wie die bisher in Gundremmingen verwendeten. Und seit Wochen stehen im AKW Neckarwestheim drei volle dieser Castor für Ahaus bereit.

Um genügend Polizisten zur Verfügung zu haben für den gefährlichsten Atomzug, der je durch Deutschland fuhr, wurden 8 Fußball-Bundesligaspiele verlegt. In den Medien kam, daß die Castoren voraussichtlich am 20.3. aus den AKWs gefahren und eventuell wieder im Walheimer Kohlekraftwerk bei Neckarwestheim zusammengestellt werden, und daß dieser Zug vor dem 27.3. Ahaus erreichen soll – wenn nicht irgendeine politische oder juristische Instanz im Vorfeld noch das Manöver abbläst.

Die Atomwirtschaft betreibt wieder ihre Politik, vielleicht sogar Wahlkampf, um Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen in Schwierigkeiten zu bringen. Und wieder ist Gundremmingen Vorreiter mit den nicht crash-getesteten Super-Castorbehältern, vor deren Einsatz der Verfahrenstechniker Prof. Elmar Schlich warnt (Uni Gießen, früher an der Castor-Entwicklung beteiligt).

Das wißt Ihr wohl alle schon. Nun, es kann sein und wir hoffen, daß in Neckarwestheim an die Tausend zum Protestieren kommen, in Ahaus könnten es 5–10.000 werden. Und viele Gruppen werden auch auf der Strecke aktiv. In Gundremmingen wird es wohl wieder auf jeden und jede Einzelne ankommen.

Wir haben im letzten Rundbrief einen vorläufigen Aufruf und eine kontroverse Stellungnahme dagegen veröffentlicht. Dazu erreichte uns nur ein Brief von Peter Leiberich, der von weiterer Aktions-Eskalation abriet und stattdessen viele bunte Aktionen vorschlug; aber wir sind ganz wenige, die was vor Ort organisieren können.

Umso herzlicher und dringender unsere

Einladung zu folgenden Terminen:

So 1.3. 15h Erweiterte Mahnwache

mit dem AK Energie und dem Landesvorstand der bayrischen Grünen, anschließend Arbeitstreff.

So 8.3. Öffentliche Ausrangiert-Aktion

auf den Gleisen vor dem Atomkraftwerk.
(Dazu haben sich bisher wenige – vor allem ältere, was sehr schön ist – Menschen gemeldet.)

- 10h Vesper
- 11h Gottesdienst
- 13h Ziviler Ungehorsam
- 15h Mahnwache – siehe Aufruf auf der Vorderseite

– Bei Interesse an der Teilnahme oder Unterstützung der Aktion bitte unbedingt vorher bei Volker Nick melden.

Gelegenheit zur Vorbereitung und Einstimmung besteht im Anschluß an die Mahnwache am 15. 2. (ja, das ist sehr kurzfristig, sorry!), sowie möglichst für alle gemeinsam am Sa 7.3. Ort wird noch gesucht.

So 15.3. 14h Demonstration in Günzburg

ab Bahnhof, Abschlußkundgebung 15h Marktplatz

Fr 20.3. Präsenz, Blockadeversuch, Die-In zwischen dem AKW und dem Bahnhof Offingen

Weitere Termine:

13.2. 10h Amtsgericht Günzburg: Saskia Kneisl und Thomas Rosa wegen der 1. Ausrangiert-Aktion 95

16.2. 13.30h AG Günzburg: Matthias Weiß wegen 3x Ausrangiert

27. 3. 15h im Haus der Wirtschaft Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 19, 3.OG A: "Wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkungen von Personen mit Zivilcourage" (Solarenergie, Atomenergie, Ernährung) von der Stiftung Holy Human Leben

27.–28.3. in Schloß Schney bei Lichtenfels: "Solare Energiewende in den Kommunen" Info/Anmeldung: Petra-Kelly-Stiftung, Ismaninger Str. 17, 81675 München, Tel. 089–41 30 06 36

Heinz Widmann hatte am 2.2. bei Amtsrichter Schöler Ausrangiert-Prozeß und bekam 20 Tagessätze à DM 25.– wegen Sachbeschädigung und versuchter Zerstörung von Bauwerken. Der Staatsanwalt geht in Berufung, Heinz auch.

– Während der Günzburger Amtsrichter Seitzer weiterhin hart verurteilt, sind Schölers Urteile inzwischen fast wendlandmäßig milde zu nennen

– Der AKW-Streckenbeauftragte Berger kam als Zeuge wieder mit einem datumfingierten Zettel; während in den Prozessen die Bosse (Petersen, von Weihe) eloquent und mit Rechtsanwalt jede Verantwortung weit von sich delegieren, werden ein paar (und meist die gleichen) Kleine als Bauernopfer ans Messer geliefert

Am 27.1. hatte Ernst Ludwig Iskenius am LG Memmingen Berufungsprozeß für 2 Ausrangiert-Aktionen. Richter Plaaß verringerte die 60 Tagessätze etwas auf je DM 50.–, weil Elu inzwischen arbeitslos ist.

Was macht die BI Energiewende Atomfreies Schwaben?

Bei der 2. Mitgliederversammlung am 31.1.98 sprach der Alternativ-Nobelpreis-Träger Mycle Schneider vom energiewissenschaftlichen WISE-Institut Paris über die Atomwirtschaft, vor allem über die Atom Müll-Verschiebung in die sogenannte Wiederaufbereitung. Dabei dankte er der Mahnwache, seit Frühjahr 89 so gut wie jeden Castor-Transport nach La Hague blockiert zu haben. Zum anderen wurde die Demo am 15.3. in Günzburg beschlossen, um gegen den V52-Castortransport nach Ahaus zu protestieren. Beides wurde von den Medien recht breit aufgenommen.

Betr. Doku 15h Mahnwache:

Leider gestaltet sich das nicht so einfach und auch umfangreicher, als der Schreiber sich das so gedacht hatte. Wir bitten also noch um Geduld ...



Betr. Atompennig

Unsere Bitte um Prozeßkostenhilfe und die Idee einer Selbstbesteuerung des eigenen Atomstromverbrauchs hat bereits viel Echo und Weiterverbreitung gefunden.

Wir danken u.a. Peter L. für DM 150.–, Marianne R. (100.–), L. (200.–), Thomas L. (100.–), M.M.–G. (300.–), Klaus Z. (40.–), Christel E. (300.–), Heinz E. (100), Rainer M. (100.–) Alexander B. (232.–) Karin Z. (200.– und die Durchhalte-Parole), H.U.K. (100.–), Marianne F. (200.–), Almut S. (100.–), WG-Geburtstags-geschenk für Julia H. (100.–) und Holy Human Fond (1200.–), das sind ein ermutigende Solidaritätsbeweise!

Leider haben wir für den Großprozeß in Memmingen (vgl. nächste Seite) bereits weit mehr ausgegeben (Rechtsanwälte- und Gerichtskosten); wir müssen auch zugeben, daß das bisher sichtbar noch wenig gebracht hat. Aber wir wollen am Beispielfall Sellafeld dranbleiben, die nächste Instanz ist das Bayrische Oberste.

Und wir wollen weiterhin mit der X-tausendmal-Quer Nachbereitungsgruppe einen allgemeinen §§-Hilfetopf für gewaltfreie AKW-GegnerInnen aufbauen. Es wäre einfach gut, wenn sich möglichst viele daran beteiligen.

Also: Kto 56 529 bei der Ökobank (BLZ 500 901 00), Stichwort Atompennig.

Karten für die Nachbarschaft, Feste u.ä. bei Volker Scheub oder Nick.

mit herzlichen Grüßen von diesen beiden Völkern

Das Landgericht Memmingen hatte 9 verschiedene Berufungsprozesse gegen insgesamt acht Mitglieder der Mahnwache zusammengefaßt und verhandelt. Unter den acht Zeugen waren der AKW-Geschäftsführer Gerd von Weihe und Christian Küppers vom Öko-Institut. Nach fünf langen und für alle Beteiligten sehr anstrengenden Prozeßtagen bestätigte Richter Worm im wesentlichen die Urteile des Amtsgerichts, er sagte dazu, das Gericht habe sein Gewissen aufs äußerste strapaziert, die Urteile seien symbolisch und das nächste Mal müßten wir mit weit härteren Urteilen rechnen, aber er hoffe uns nicht mehr sehen zu müssen. Die schriftliche Urteilsbegründung bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, die das Gericht mit seinen Fragen und Themen geweckt hat. Wir haben Revision eingelegt.

Die lokale Berichterstattung war sehr schlecht und mißverständlich. Statt einem Prozeßbericht Auszüge aus dem 46-seitigen Urteil betr. Sellafeld und Ausrangiert-Aktionen mit einigen kurzen Erklärungen (in Times Roman) und Kommentaren (Kursiv).



Landgericht Memmingen
Hallehof 144
87700 Memmingen
Telefon (08331) 1050
Telefax (08331) 105199
Aktenzeichen: 4 Ns 12 Js 10965/94

IM NAMEN DES VOLKES

der 4. Strafkammer des Landgerichts Memmingen in dem Strafverfahren gegen

Rolf Hiemer ... Konrad Link ... Hanna Jaskolski ... Volker Nick ... Sigrid Birrenbach ... Michaela Kaplan ... Volker Scheub ... Christof Then

wegen Sachbeschädigung, gemeinschaftlicher Störung öffentlicher Betriebe u. a.

aufgrund der Hauptverhandlung vom 26. November 1997, 01., 05., 11. und 12. Dezember 1997. (...)

Die Mahnwache aus Sicht des Gerichts

(S. 16) Die Angeklagte Hiemer, Birrenbach, Link, Nick, Scheub, Kaplan, Jaskolski und Then sind Mitglieder der sogenannten Mahnwache Gundremmingen. Die Mahnwache, eine lose Verbindung von Personen, will die Bevölkerung und insbesondere die Betreiber und Mitarbeiter des Kernkraftwerkes Gundremmingen auf die Gefahren hinweisen, die von dem Betrieb von Atomkraftwerken ausgehen mit dem Endziel der Stilllegung sämtlicher Atomkraftwerke. (...)

(S. 38) Alle Angeklagten sind im höchsten Maße moralisch integre Persönlichkeiten, die sozial verantwortlich leben und im ehrlichen Anliegen um das Wohl der Menschheit besorgt sind. Besonders hervorzuheben ist die hohe Achtung der Angeklagten vor der Menschenwürde. Sie verabscheuen jede Gewalt gegen Menschen, selbst in Form der Beleidigung und distanzieren sich nachdrücklich von allen Gruppen und Personen, die mit welcher Motivation und Begründung auch immer gewalttätig gegen andere Menschen vorgehen. Die Angeklagten vermeiden gewaltsame Konfrontationen und verstehen ihr Verhalten als gewaltfrei und zivilen Ungehorsam. Soweit sie wie hier Rechtsbrüche begangen haben oder zu begehen beabsichtigen, waren diese auf Regelverstöße mit Symbolcharakter bei Minimierung der Schädigung anderer beschränkt. Die hier gegenständliche Sachbeschädigung ist relativ geringfügig. Strafmildernd ist auch die grundsätzliche Einsicht in den Charakter ihrer Taten als objektiven Rechtsbruch und die insoweit abgelegten Geständnisse. Es ist auch deutlich, daß die Angeklagten die verfassungsmäßige demokratische Ordnung als Ganzes bejahen und ihr Handeln, wenn auch in objektiv verfehlter Weise, als Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere aber der Verfassungsgrundsätze der Achtung der Menschenrechte und des Lebens verstehen.

(S. 33) Das Tatverhalten der Angeklagten muß richtigerweise so gewürdigt werden, daß sie durch bewußten Verstoß gegen Strafbestimmungen, allerdings bei möglichst geringer Überschreitung der Grenze von demonstrativer Meinungsäußerung zum Rechtsbruch, eine besondere und nach ihrer Meinung nicht an ders erreichbare Aufmerksamkeit für ihr Anliegen erzielen wollten.

Die 1. Schienen-Demontage

(S. 17) Nach einer am Nachmittag des 26.09.1993 durchgeführten Demonstration vor dem Kernkraftwerk Gundremmingen trafen sich die Angeklagten am Abend in einer Gaststätte in Offingen. In Kenntnis eines für den Morgen des nächsten Tages geplanten Atomtransportes von abge-

brannten Brennelementen aus dem Kernkraftwerk nach Sellafeld beschlossen sie, den vom Bahnhof Offingen zum Kernkraftwerk führenden Schienenstrang ostwärts des Sportplatzes in möglichst großem Umfang abzumontieren. Die Demontagearbeiten sollten durch die Angeklagten Hiemer, Birrenbach, Link und Nick durchgeführt werden, während die Angeklagten Scheub und Then im Bahnhof in Offingen den Lokführer vor der Unbefahrbarkeit warnen und die Angeklagte Kaplan mit dem anderweitig verfolgten Schmitt gleiche Sicherungsaufgabe in unmittelbarer Nähe des Demontageortes durchführen sollten (...)

Diesem Tatplan folgend begaben sich die Angeklagten Hiemer, Birrenbach, Nick und Link am Morgen des 27.09.1993 gegen 6.40 Uhr zur Bahnstrecke bei km 2,8, demontierten mit Brecheisen und Schraubenschlüsseln und anderen Werkzeugen den Schienenstrang auf einer Länge von 30 m und wuchteten die Schiene zur Seite (...) Sie wurden um 7.45 Uhr von der Polizei festgenommen, wodurch ihre weitere Demontagetätigkeit unterbunden wurde.

(S. 27) Die Tathandlungen der Angeklagten Hiemer, Birrenbach, Link, Nick, Scheub, Kaplan und Then (...) erfüllen den Tatbestand der gemeinschaftlich begangenen Störung öffentlicher Betriebe gem. §§ 316 b Abs. 1 Nr. 2, 25 Abs. 2 StGB. (...)

Die Angeklagten handelten im bewußten und gewollten Zusammenwirken arbeitsteilig. Daher sind auch die Angeklagten Kaplan, Scheub und Then Mittäter und nicht lediglich Gehilfen.

Nach der Vorstellung sämtlicher Angeklagter sollte das Bahngleis demontiert werden, es sollten jedoch keinesfalls Personen zu Schaden kommen. Die Sicherungsmaßnahmen der Angeklagten Kaplan, Scheub und Then waren daher für die Verwirklichung dieses Tatplanes unerlässlich, die Angeklagten Hiemer, Birrenbach, Link und Nick hätten bei möglicher Gefährdung von Personen die Tat keinesfalls ausgeführt. Die Angeklagten Kaplan, Scheub und Then hatten entsprechend diesem gemeinsam besprochenen und gefaßten Tatplan den Willen zur Tat, sie hatten ein eigenes, durch ihre eigene politische Vorstellung motiviertes Tatinteresse und sie hatten die volle Tatherrschaft.

Erstmals wurden Unterstützer einer gewaltfreien Aktion verurteilt, obwohl der Lokführer nicht von ihnen, sondern von Seiten des AKW gewarnt wurde, aber jenes stand nicht als Mittäter vor Gericht. Damit wird aber auch die bisherige Linie gegenseitigen Einverständnisses verlassen und der Kriminalisierungsdruck für künftige Aktionen erhöht.

(S. 18) Das Bahngleis wurde von einem in der Nähe befindlichen Bautrupps sofort notdürftig repariert. Der Brennelemente-Transport konnte mit einer Verspätung von 9 Minuten in den Bahnhof Neuoffingen verbracht werden. ...

(24) Der Zeuge Berger (AKW-Gleisbeauftragter) hat bekundet, daß er in Abstimmung mit der Werksleitung für den Morgen des Tattages vorsorglich Gleisbauarbeiter in Bereitschaft gehalten hatte (!). Nach Aussage des Zeugen Polizeirektor Zink war auch die Bereitschaftspolizei herbeigeführt worden und fuhr Streife. Konkret hatte man mit einem Anschlag zwar nicht gerechnet, jedoch war man wegen der früheren Aktivitäten von Kernkraftwerksgegnern, insbesondere ihrer Gegnerschaft gegen die Transporte von Brennelementen, sensibilisiert. (...)

Außerdem hatte die Polizei eine entsprechende Mitteilung von der Mahnwache erhalten. Und Rolf hat am 2. Verhandlungstag durch die Zeugenbefragung ans Tageslicht gebracht, daß mindestens die KKW-Leitung von der Aktion im Vorfeld wußte und den Gleisbau-trupp in Bereitschaft hielt, entsprechend auch den Lokführer schon in Neu-Offingen warnte, wodurch die Unterstützer vergebens in Offingen warteten. Dankbar schrieb deshalb das Landgericht in Rolfs Verurteilung:

(S. 35) An sich wäre die vom Amtsgericht verhängte Strafe auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wegen der Massivität des Tatbildes zu erhöhen gewesen, jedoch ist die Strafkammer zu Gunsten des Angeklagten davon ausgegangen, daß die Geschädigte (KKW) den Schadensumfang möglicherweise hätte mindern können durch vorsorglich verstärkte Aufmerksamkeit des Werkschutzes.

Das Gleis

Die Gleisanlage steht im Eigentum des Kernkraftwerkes Gundremmingen. Sie führt vom Bahnhof Offingen zum Kernkraftwerk und endet dort. Zwischen der Bundesbahn und dem Kernkraftwerk wurde ein Gleisanschlußvertrag abgeschlossen. Darin wird das auf dem Gelände des Kernkraftwerkes verlegte Gleis ausdrücklich als Privatgleis bezeichnet. Das Privatgleis dient ausschließlich dem Gütertransport für den Anschließer. *(Hier fehlt der Hinweis, daß von diesem Gleis keine Gefahr für die Bevölkerung von Sellafield ausgeht, was für das Amtsgericht Günzburg wichtig war)*

Für die sofortige vorläufige Instandsetzung der Gleise entstanden Kosten von 1.938.— DM. Die endgültige Instandsetzung kostete 16.406.— DM. (...)

WAA THORP/Sellafield

(...) Die Angeklagten bestreiten jedoch die Rechtswidrigkeit ihres Tatverhaltens. Sie machen geltend, daß von der Atomenergie allgemein und insbesondere der Betreibung der Anlage in Sellafield, wohin die abgebrannten Brennstäbe des Kernkraftwerkes Gundremmingen verbracht wurden, schwerste gesundheitliche Gefahren für eine unübersehbare Anzahl von Menschen ausgehe, ja sogar die Menschheit in ihrer Gesamtheit existenziell bedroht sei. Die Anlage in Sellafield sei nicht genehmigungsfähig, weil durch ihr Betreiben eine besondere dramatische Umweltvergiftung entstanden sei. Die Angeklagten berufen sich deshalb auf ein Notstandsrecht gem. § 34 StGB und § 228 BGB.

(...) Die Tathandlungen sämtlicher Angeklagten sind rechtswidrig und schuldhaft. Ein irgendwie gearteter Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgrund stand ihnen nicht zur Seite. Insbesondere handelten die Angeklagten nicht in rechtfertigendem Notstand gem. § 34 StGB, auch nicht im Notstand gem. § 228 BGB, es lag auch kein wie immer gearteter übergesetzlicher Notstand vor. Die Angeklagten handelten auch nicht in unvermeidbarem Verbotsirrtum. Sie wußten von Anfang an um die strafrechtliche Relevanz ihrer Taten und handelten aus der ideologischen Verblendung, sie könnten und müßten die Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Energiepolitik nach ihren eigenen Vorstellungen verändern.

Die Berufungshauptverhandlung hat bestätigt (...), daß von der Atomenergie allgemein Gefahren für Leben und Gesundheit für Menschen ausgehen und sich auch in zahlreichen Fällen, wie durch den Reaktorunfall in Tschernobyl, konkretisiert haben. Es ist auch nicht auszuschließen und eher wahrscheinlich, daß die Krebsraten sich durch radioaktive Strahlen besonders im Umfeld von Atomanlagen erhöhen. Auch die Zunahme waffenfähigen Potentials von Plutonium stellt eine Gefahrenquelle dar. Diese Gefahren ergeben sich sowohl aus der Gewinnung und Produktion des Kernbrennstoffs, als auch aus dem Betrieb von Kernkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen, dem Transport von radioaktiven Material in Castor-Behältern sowie durch das Nichtvorhanden sein absolut sicherer Endlager für den Atommüll.

Immerhin: die atomare Gefährdung ist tatbestands-relevant!

Diese von der Atomenergie ausgehende Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen ist vom Gesetzgeber gesehen und unter Abwägung mit den als bestehend angesehenen Vorteilen hinzunehmen erachtet worden. Für den grenzüberschreitenden Verkehr und die Verbringung von abgebrannten Brennstäben und deren Wiederaufarbeitung und Entsorgung ist die Bundesrepublik mit dem Euratom-Vertrag und den darauf beruhenden EG Richtlinien völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zur Mindeststandardisierung zum Schutz vor Gefahren aus den schädlichen Stoffen eingegangen. Das Gericht geht davon aus, daß die deutschen Standards zur schadlosen Verwertung strenger sind als die englischen und daß die Anlage in Sellafield nach den Vorschriften des deutschen Atomgesetzes, die das technisch machbare – den letzten Stand der Technik – voraussetzen, in Deutschland nicht genehmigungsfähig wäre. (!!!) Jedoch bewegen sich auch die englischen Standards nach den Vorgaben des Europarechts. Die Transporte nach Sellafield, zur dort zum Tatzeitpunkt der Schienendemontage am 27.09.1993 erst beabsichtigten (!!) Verwertung der abgebrannten Brennstäbe durch Wiederaufarbeitung, sind im verwaltungsrechtlichen Verfahren geprüft und als hinnehmbar erachtet worden.

Daß die Sellafield-Transporte als Eingriff in ein schwebendes Verfahren die Betriebsgenehmigung der WAA erzwingen sollten, war dem Gericht vorgetragen worden

Demnach steht den Angeklagten kein Notstandsrecht zu. § 34 StGB muß in dem Sinn interpretiert werden, daß Gefahrensituationen, die dem allgemeinen Lebensrisiko einer technologisierten Wirtschaftsgemeinschaft entsprechen, von dieser Bestimmung nicht umfaßt werden. § 34 StGB ist keine Auffangnorm, soweit speziellere Normen einplanbare Interessenkonflikte und bestimmte Eingriffsrechte nach Art und Umfang abschließend regeln. Erst recht liefert § 34 StGB in einem demokratischen Rechtsstaat keine Legitimation für Straftaten, die zur Beseitigung angeblicher oder wirklicher öffentlicher Mißstände begangen werden.

“ausrangiert“-Aktionen 95/96

(S.30) Der Angeklagte Link ist ferner schuldig der versuchten Störung öffentlicher Betriebe in 3 tatzahlreichen Fällen, begangen am 12.11.1995, 03.03.1996 und 28.04.1996 gem. §§ 316 b Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2, 22, 23, 53 StGB. Er hatte jeweils unmittelbar dazu angesetzt, die Gleisanlagen des Kernkraftwerkes Gundremmingen zu zerstören, was auch durch eine umgreifende Beseitigung der Steine des Gleisbettes, die der Stabilität des Schienenstranges dienen, geschehen konnte. Er war außerstande die Tat zu vollenden, weil er durch anwesende Polizeibeamte daran gehindert wurde. Die Annahme von Versuchshandlungen scheitert nicht daran, daß der Angeklagte sie in Gegenwart von Polizeibeamten beging und damit rechnete, daß die Beamten alsbald einschreiten würden. Der Angeklagte hätte nach seinem Eingeständnis sein Tun bis zur Vollendung fortgesetzt.

Die Strafen

Die Unverbrüchlichkeit des Rechts duldet es nicht, daß sich Bürger anmaßen, zur Durchsetzung ihrer Ziele, auch wenn diese ethisch anerkennenswert sind, die Verletzung strafrechtlicher Normen als Mittel anwenden zu dürfen. Der Rechtsstaat würde sich aufgeben, wenn er dieses hinnimmt. – *Woher aber bezieht die strafrechtliche Norm ihre Legitimation? Spielt ethische Anerkennung dabei keine Rolle?*

Es wurden folgende Gesamtstrafen gebildet:

Rolf Hiemer und Sigrid Birrenbach: 3 Monate eine Woche
Volker Nick: 4 Monate, weil (S. 40) der Angeklagte noch in seinem Schlußvortrag bekannte, er werde den von ihm so verstandenen Zivilen Ungehorsam fortsetzen
Konrad Link: 6 Monate, jeweils auf Bewährung
Hanna Jaskolski: 20 Tagessätze a 60 DM
Volker Scheub und Michaela Kaplan: 50 Tagessätze a 20.– DM
Christof Then: 60 Tagessätze a 60.–